

»...dass ich als **Kommunist** in die **Fabrik** gehörte...«

SED-Parteihochschüler und KPD-Funktionär, Metallarbeiter und Betriebsrat im Großkonzern, Vorzeigarbeiter und Bundestagsabgeordneter bei den Grünen, Entwicklungshelfer in Brasilien – Stationen der Lebensgeschichte von Willi Hoss, die in dem Buch dargestellt wird.

Ein spannendes Geschichtsbuch über fast schon vergessene Zeiten; den hysterischen Antikommunismus der Adenauerzeit, als »DDR« ein Unwort war und Kommunisten mit Gerichtsverfahren und Hausdurchsuchungen überzogen wurden; die kurzen »goldenen Jahre« der westdeutschen Autoindustrie, in denen schnelle Lohnsteigerungen und beamtenähnlicher Kündigungsschutz mit Knochenarbeit, Überstunden und Willfährigkeit gegenüber dem Unternehmer erkaufte wurden. Wer da nicht mitspielen wollte, hatte nicht nur den Kapo, sondern auch die Gewerkschaft am Hals.¹

Im Vorwort der Autobiographie und in Zeitungsartikeln nach seinem Tod wird Hoss als »zurückhaltend, unaufgeregt, sanft rebellierend, eigensinnig, beharrlich, kritisch, menschlich sanft und politisch kämpferisch« geschildert, der »gelernt hat, sich auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen zu bewegen, und immer er selbst zu sein.« (217). Der Mann war offensichtlich aufrichtig, nicht korrumpierbar und musste sich nicht ständig in den Mittelpunkt stellen. »Aufgrund seiner praktischen Erfahrung im Betrieb hatte er verstanden, dass ... man alleine schwerlich fähig ist, Zusammenhänge zu verstehen und zu durchschauen.« (15)

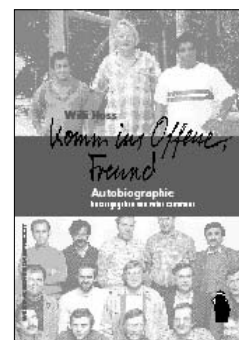
Autobiographien haben meistens den Nachteil, dass die Hauptperson wenig selbstkritisch mit sich umgeht. Willi Hoss hatte zunächst einen anderen Weg gewählt, indem er mit einem alten Freund, dem späteren Herausgeber des Buches, über sein Leben diskutierte und ein Tonband mitlaufen ließ. Als Hoss Anfang 2003 stirbt, ist das Buch noch nicht fertig. Aber schon im Vorfeld hatten Erzähler und Herausgeber »alle Fragen und Bemerkungen [gestrichen]. Willi allein sollte zu Wort kommen, wie er lebt und lebt.« (9) Unter den Danksagungen findet sich später der Satz des Herausgebers: »Als großen Mangel empfinde ich, dass es mir nicht mehr möglich war, mich an Freunde und Mitstreiter von Willi, insbesondere der alten Plakat-Gruppe und bei den Grünen, zu wenden.« (254) Offensichtlich musste das

Buch auf den Markt. Es passt in dieses Bild, dass der Verlag im Klappentext das Leben von Willi Hoss als »Erfolgsgeschichte eines Linken« vorstellt. Der einzige Teil des Buches, der diese andächtige Haltung von Herausgeber und Verlag verlässt, ist ein nachgereichtes Kapitel, ein Gespräch mit Hoss' Frau und Tochter, in dem es um sein »privates Leben« (216) geht.

Es bleibt das Geheimnis des Herausgebers, warum niemand von »Plakat« zu Wort kommt, geschweige denn irgendein »normaler« Arbeiter.² Immerhin war diese Gruppe Mitte bis Ende der 70er Jahre ein Vorzeigeprojekt der undogmatischen Betriebslinken. Die K-Gruppen waren schon wieder aus den Betrieben raus, und die Kollegen von Plakat galten als seriös, weil sie Arbeiter waren und nicht den chinesischen oder sonstigen Weg zum Sozialismus in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellten.³ Außerdem lagen sie in einer öffentlichen Dauerfehde mit der IG Metall, die sie 1972 ausgeschlossen hatte, weil sie auf einer eigenen Liste für den Betriebsrat kandidiert hatten.⁴

Leider wird die Frage nach dem Verhältnis eines starken rechten oder eben auch linken Betriebsrates gegenüber den vielen tausend ArbeiterInnen in einem Großbetrieb nicht gestellt, das oft genug – ob gewollt oder ungewollt – paternalistisch ist, nach dem gutgemeinten Motto: »Kollegen, wir kümmern uns um Eure Probleme.« Dass ein Konzern wie Daimler mit linken Betriebsräten zurecht kommt, illustriert Hoss selber: »Und wenn sie (die Manager) der Diskussion ausweichen wollten, konnte es passieren, dass das Fließband plötzlich einmal stand. ... Wenn wir dann einig waren und ich hatte mit den Kollegen gesprochen, und die waren auch einverstanden, konnte man sich darauf verlassen, jetzt läuft der Laden. ... Es gab bei aller Härte eine Art Verlässlichkeit.« (189)

Von Differenzen innerhalb der Gruppe erfährt man überhaupt nichts. Zumindest Hoss' Hinwendung zu den Grünen ist nicht ohne Kritik geblieben.



Willi Hoss
Komm ins Offene, Freund

Autobiographie –
herausgegeben von Peter
Kammerer
Münster 2004, Verlag
Westfälisches Dampfboot
254 Seiten, 19,90 Euro

Alle kursiv gesetzten Zitate
sind aus dem besprochenen
Buch.

¹ Beispiele dafür liefern das Betriebstagebuch von Hermann Mühleisen im Kursbuch 38 (1974) und die »Aufzeichnungen eines italienischen Daimler-Benz-Arbeiters (1961-1977), Mario d'Andrea« (in: Plakat: 10 Jahre Betriebsarbeit bei Daimler-Benz, Hrsg. Von Peter Grohmann und Horst Sackstetter, Rotbuch-Verlag, Berlin 1979). Mühleisen und d'Andrea sind Mitbegründer der Plakat-Gruppe.

² Der einzige, der in dem Buch zitiert wird, sagt Hoss, nachdem dieser aus dem Bundestag als Teilzeitarbeiter in die Fabrik zurückkehrt: »... du bist ja bescheuert. Wir wären froh, wenn wir aus dem Scheiß hier raus wären, und du kommst freiwillig zurück.« (139)

³ Auf einer der »Sozialistischen Konferenzen« Anfang der 80er Jahre erzählten sie anschaulich, welchem brutalen Lärm sie beim Bau der damaligen Luxusklasse ausgesetzt waren, während in der Reklame hervorgehoben wurde, wie leise es im Innenraum des Wagens selbst bei Tempo 140 sei...



Willi Hoss auf einer Kundgebung gegen den Irak-Krieg 1991

Auch wenn aus den Reihen von Plakat nicht nur die Produktionsweise, sondern auch das Produkt selber kritisiert wurde, können nicht alle mit seiner Abkehr von der »Klassenfrage« hin zur »Gattungsfrage« und zur Politik der *Ökologisierung der Industriegesellschaft* (164) einverstanden gewesen sein. 25 Jahre später hätten ein paar Überlegungen dazu gut getan – auf dem Hintergrund der sich neu entwickelnden Klassenkämpfe, die eben nicht auf »den gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen« (115) hinweisen, wie Hoss ihn in den 80er Jahren ausgemacht hatte.

⁴ Gewerkschaftsausschlüsse gab es in den 70er Jahren noch vor den Berufsverboten, die unter Willi Brandt eingeleitet wurden.

Hoss wollte raus aus dem *Gefängnis Fabrik*, in der er sich eingesperrt fühlte, und wo »mit der Zerstückelung der Arbeit (...) der Blick aufs Leben ausgetrieben« wird (119). 1956 war er nach dem KPD-Verbot als einer der wenigen bezahlten KPD-Funktionäre ganz bewusst in die Fabrik gegangen: »Für mich stand außer Frage, dass ich als Kommunist in die Fabrik gehörte. Die kommunistische Idee hatte hier ihre Basis.« (49) Ende der 70er sah er nicht mehr, dass die Arbeiterklasse über den Kapitalismus hinauswachsen könnte, weil sie in der Produktion und ihren Organisationen autoritären Formen unterworfen ist. Diese verständliche Flucht vor der Fabrikdisziplin führte Hoss zur Grünen Partei und 1983 in den Bundestag. Dort muss es ihm unheimlich gewesen sein, denn er betont für seine sechsjährige Mandatstätigkeit immer wieder, wie ernsthaft im Parlament »gearbeitet« wurde. Die *Inhalte* dieser Tätigkeit waren angemessen staatstragend: 1984 formulierte er einen Gesetzentwurf zur »Vereinfachung der Transferleistungen des Staates und der Versicherungen: Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und

Niedrigrenten« (155), zu einer einheitlichen Grundversicherung, die mit 1100 DM so bemessen werden sollte, dass ein Anreiz zur Erwerbsarbeit erhalten bleibt. (156) Eine ähnliche Argumentation hält 20 Jahre später für das Arbeitslosengeld II der rot-grünen Regierung her.

Trotz großer Distanz zu den machtpolitischen Spielchen innerhalb seiner Partei hatte Hoss Gefallen am Politikerdasein gefunden: Er kandidierte 1985 als Oberbürgermeister in Sindelfingen und versuchte 1990 zum dritten Mal in den Bundestag zu kommen. Immerhin blieb ihm das erspart: die Parteistrategen verweigerten ihm einen günstigen Listenplatz.

Die Brasilienaufenthalte in den 90er Jahren scheinen die glücklichste Zeit seines Lebens gewesen zu sein, so liest sich zumindest das entsprechende Kapitel. Hoss' Vorstellung von »Entwicklungshilfe« unterscheidet sich wohltuend vom Paternalismus mancher linksradikalen Nicaragua-Brigade: Er betonte immer, dass die Menschen vor Ort entscheiden, ob sie Brunnen und Solarlampen wollen und lernen, wie man diese baut und repariert. Später organisierte er zusammen mit der entsprechenden Managementabteilung von Daimler die fabrikmäßige Produktion von Kopfstützen für Autositze aus (nachwachsenden) Kokosfasern als Alternative zu Plastikprodukten. Dass solche Maßnahmen zur »Ökologisierung der Industriegesellschaft« problemlos in den Kapitalismus integrierbar sind, aber nichts daran ändern, dass weite Teile der Menschheit gerade wegen dieser Art von Reichtumsproduktion immer noch in Armut leben, wird in dem Buch leider konsequent ausgeblendet.

So bleibt bei aller aufrichtiger Sympathie für einen rebellischen Menschen ein bitterer Nachgeschmack, wenn der von Willi Hoss mitgegründete Verein *Poema-Deutschland* heute auf seiner *homepage* propagiert, dass jeder hiesige Mercedeskäufer freiwillig etwas mehr bezahlen sollte, denn: »Hier stößt ein Auto Kohlendioxid aus, auf der anderen Seite der Erde sorgt sein Geld dafür, dass der Regenwald überlebt und das schädliche Gas so wieder abgebaut wird.« Damit können alle Seiten gut leben, und nichts muss sich wirklich ändern. ■



Slumleben? Slum machen!

»In der ganzen Geschichte des Kapitalismus sind Menschen vom Dorf in die Stadt geflüchtet, vom Acker in die Fabrik, vom »Süden« in den »Norden« – in den letzten 25 Jahren überwiegt diese Flucht bei weitem die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals; die MigrantInnen bilden riesige Belagerungsringe um die Weltmetropolen; es gibt eine weltweite Krise der Städte.« (Plakat, Beilage in der Wildcat 69)

Erstmals in der Geschichte sind die ArbeiterInnen sowohl relativ als auch absolut die größte Klasse auf der Welt. Ländliche Bevölkerung wird durch die *Agrar-* und später *Grüne Revolution* »überflüssig« und zieht in die industriellen Zentren – in diesem Zwang steckt aber auch die Hoffnung, dass Lohnarbeit und durch Geld geregelte soziale Verhältnisse von den ländlich/feudalen Bindungen befreien. In der Fabrik entsteht eine neue Klasse, deren Wünsche und Bedürfnisse steigen – und die lernt, diese kollektiv durchzusetzen. Das Kapital sucht deshalb die »frische Arbeitskraft«, die »grüne Wiese« und zieht dafür um die ganze Welt. Die ständige Unterschichtung und Umwälzung ist notwendig, um die Arbeitermacht zu unterlaufen. Die berechtigte Hoffnung auf das »bessere Leben« ist wichtig, um die frisch Proletarisierten an die Arbeit zu binden.

Diese Entwicklungsperspektive ist – im Gefolge der tiefen Krisen in den 70er Jahren – seit den 80er Jahren für große Teile der Menschheit nicht mehr gegeben. Neue Industrialisierung im größeren Maßstab und damit Mehrwertakkumulation, aber eben auch vollständige Proletarisierung, die eine Arbeiterklasse entstehen lässt, findet nur noch im Norden Mexikos (als NAFTA-Auswirkung) und in Süd-Ost-Asien (dort besonders in China) statt. Dennoch geht der jahrhundertelange Prozess der Urbanisierung trotz der Krise der kapitalistischen Verwertung weiter. Mit explosiven Folgen: So wie die Klassenkämpfe im (historischen und geografischen) Zentrum des Kapitalismus, wurden die Kämpfe um die Reproduktionskosten der Proletarisierten in den mittlerweile untergegangenen Entwicklungsstaaten in den letzten Jahrzehnten städtische Kämpfe.

Die klassische Stadt

Manchester, Berlin und Chicago waren Beispiele für die frühe kapitalistische Urbanisierung, die an Industrialisierung und Entwicklung gebunden war. In der oben beschriebenen Kombination von Ein-saugung/Vertreibung ländlicher Bevölkerung und »Stadtluft macht frei« entstand in den Fabriken und der Lohnarbeit eine neue Klasse – die ArbeiterInnenklasse. Diese Proleten erkämpften sich bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Lebensstandard, wo niemand mehr verhungern muss. Kapitalismus, Industrialisierung und Entwicklung waren über Generationen im Klassenkampf miteinander verwoben. In den 70er Jahren fand eine ähnliche Entwicklung beispielsweise in Südkorea statt, heute in Ciudad Juarez, Bangalore und Guangzhou. Das Problem des Kapitals: die Zeiträume werden immer kürzer, in denen sich diese IndustriearbeiterInnen ähnliche Bedingungen wie in den Metropolen erkämpfen.

Der Slum, die neue Stadt

Doch die weitaus meisten Urbanisierungsprozesse sind heute nicht mehr an Entwicklung gebunden. Kinshasa, Khartum, Dar es Salaam, Dhaka, Lima... Auch im Frühkapitalismus gab es nicht nur Städte wie Manchester, sondern auch Dublin, das sich an der Peripherie der englischen Industrialisierung befand. Irland war von ihren Folgen, wie Hungersnöte und Landvertreibung betroffen, ohne jedoch selbst eine Industrialisierung zu erleben. Aber damals war Dublin die *Ausnahme* – und die »weißen Sklaven« hatten die Möglichkeit, in die USA auszuwandern. Heute ist ein Selbstversorgerleben für

Mike Davis, »Planet of Slums«, new left review 26 (Frühjahr 2004)

Mike Davis' letztes Buch »Late Victorian Holocausts« ist im Juli auf Deutsch erschienen:



Mike Davis »Die Geburt der Dritten Welt – Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter«

Assoziation A, Berlin – Hamburg 2004; ISBN 3935936117; Gebunden, 464 Seiten; 29,50 Euro

weitere wichtige Bücher desselben Autors:

Mike Davis »City of Quartz – Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles«

ISBN 3-924737-23-1; 520 Seiten; 23 Euro

Mike Davis »Phoenix im Sturzflug. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren«, Berlin 1986

Im Jahr 1800 betrug die Urbanisierung 2%, 1950 30% und jetzt leben von 6,4 Milliarden Menschen 3,2 Milliarden in Städten; 1,9 Milliarden in der Dritten Welt; 1 Milliarde in sogenannten Slums. Die Hälfte der Slum-BewohnerInnen ist unter 20 Jahren alt. Zwei Drittel des globalen Bevölkerungszuwachses seit 1950 konzentriert sich in Städten. Es wird erwartet, dass 95 Prozent des weiteren Bevölkerungszuwachses in städtischen Regionen in Ländern der Peripherie stattfinden wird.

Nach Kontinenten:

In den dreißig reichsten Ländern der Welt finden sich nur zwei Prozent der Slumbewohner, während 80 Prozent der urbanen Bevölkerung in den 30 am wenigsten entwickelten Ländern leben. Über die Hälfte der Slumbewohner leben in Asien, 20 Prozent in Afrika, 14 Prozent in Lateinamerika. Die asiatische Urbanisierung geht doppelt so schnell wie die in Europa/USA voran. 2015 werden Dhaka, Mumbai und Delhi zu den fünf größten Städten weltweit zählen. Eine Megastadt mit 10 Millionen EinwohnerInnen benötigt täglich 6000 Tonnen Lebensmittel.

eine Milliarde Menschen weder attraktiv noch möglich. In China geht man, neben 150 Millionen WanderarbeiterInnen, noch einmal von der gleichen Zahl »überflüssiger« Landbevölkerung aus; in Polen wird sich die massive Landvertreibung/-flucht noch verschärfen, und die Besiedlung anderer Planeten ist noch nicht möglich. So bilden sich Belagerungsringe um die Industrieländer, und das Staubecken *Land* verlegt sich in die *Stadt*.

Dies ist der Ausgangspunkt von Mike Davis' Text »*Planet of Slums*«, der im Frühjahr 2004 in der *new left review* 26 erschienen ist. Davis stützt sich auf eine Studie der UN Habitat vom Oktober 2003, deren wichtigste Zahlen und Fakten wir nebenstehend zusammengefasst haben. Wir möchten euch Davis' Text in seinen Hauptaussagen vorstellen und allen englischsprachigen LeserInnen die Lektüre empfehlen.

Der Knick

Trotz der ungleichen Bedingungen des Weltmarkts bis in die '70er Jahre hinein hatten viele Länder sowohl einen beträchtlichen öffentlichen Dienst als auch eine exportorientierte Industrie aufgebaut. Diese Entwicklung brach (bis auf wenige Ausnahmen besonders in Süd-Ost-Asien und China) mit der Schuldenkrise der achtziger Jahre ab. In Kinshasa verschwand die Mittelschicht, in Abidjan (eine der wenigen tropisch-afrikanischen Städte mit bedeutendem Produktionssektor) führten die folgenden »Strukturanpassungsmaßnahmen« (SAP) des IWF zu Deindustrialisierung und einem massiven Abbau öffentlicher Infrastruktur, in Lima fiel der Mindestlohn während der IWF-Rezession um 83 Prozent, 1989 lebten 44 Prozent unter der Armutsgrenze (1985: 17 Prozent). Die städtische Ungleichheit explodierte. Zuziehende ländliche Bevölkerung, entlassene ArbeiterInnen und städtische Angestellte waren gezwungen, in *favelas* (Brasilien), *gecekondu*s (Türkei), *iskwaters* (Manila), *intra-muros* (Rabat) usw. zu ziehen.

Davis beschreibt die Folgen als dramatischer, tiefer und länger als die der ersten weltweiten Krise des Kapitalismus, der *great depression* von 1873 – 96, in der erstmals Menschen hungern mussten, weil die Menschheit *zuviel* produzierte. Aber er stellt keinen Zusammenhang zwischen der IWF-Politik

und der *heutigen* kapitalistischen Krise her. Gerade so, als ob es auch eine Alternative zu diesen Maßnahmen gegeben hätte, sind bei ihm die Vertreter des Kapitals frei in ihren Entscheidungen. Dabei ist die weltweite Nord-Süd-Spaltung des Kapitalismus nicht dem Rassismus der Herren geschuldet, sondern einem umkämpften Klassenverhältnis, welches sich zeitlich und geografisch in Schüben entwickelte. *Entwicklung* als reales Versprechen war notwendig, um dieses Klassenverhältnis aufrechtzuerhalten. Das »Ende der Entwicklung« stellt den Kapitalismus als weltweites Vergesellschaftungsmodell materiell in Frage.

Transformierende Landschaften

Honkong-Guangzhou und Beijing-Tianjin entwickeln sich zu städtisch industriellen Zonen ähnlich dem Ruhrgebiet am Rhein, New York-Philadelphia oder Tokio-Osaka. Shanghai wird zu einer Weltstadt wie Tokio, New York und London aufsteigen, wo die Kontrolle über weltweite Kapital- und Informationsflüsse konzentriert ist. Doch solche Entwicklungen bleiben die Ausnahme. *Megacities* (>8 Millionen) oder *Hypercities* (>20 Millionen) wie Dhaka, Mumbai und Delhi verdecken spektakulär, dass der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich in »*second-tier cities and smaller urban areas*« stattfindet, was zu einer ländlich/städtischen Hybridisierung führt. Diese modernen Städte sind Ballungszentren, urbane Regionen, sie entwickeln keine »städtische Kultur« mehr im scharfen Kontrast zur »Idiotie des Landlebens«. Die oft auf ein Mindestmaß zurückgeschraubte öffentliche Infrastruktur kommt der Entwicklung nicht nach; UN-Fachleute beschreiben das als »Involution«. Allein die Wortwahl macht deutlich, dass die moderne Stadt etwas Neues, noch Unbenennbares ist:

Hunderte von Menschen, die dieselbe Toilette benutzen; kaum Zugang zu sauberem Trinkwasser; die Hälfte des Lohns geht für die Transportmittel zur Arbeit drauf; unkontrollierbare Viertel, die der Staat nur mit Bulldozern und Überfallkommandos betritt – dies deutet die Lebensrealität im »Staubecken« der modernen Stadt an.

Während das Staubecken *Land* der Nord-Süd-Spaltung Schauplatz vieler Hungerkatastrophen war, lässt die Stadt die proletarischen Armen kaum

noch verhungern. Aber sie erleben den Wahnsinn dieses Systems handgreiflich, wenn eine mexikanische Hausangestellte den Rasen ihrer Arbeitgeber mit Trinkwasser gießt, während ihre Kinder im Slum kein sauberes Trinkwasser haben.

Die UN Habitat hat einen anderen Blick auf die Verhältnisse. Auch wenn Davis einen »Paradigmenwechsel« bei UN Habitat feststellt, da erstmals der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Schuldenkrise der achtziger und den SAP der neunziger Jahre mit dem rapide sinkenden Lebensstandard in den urbanen Zonen der Peripherie benannt wird, ändert das nichts an der Tatsache, dass die UN »von oben« auf die Verhältnisse guckt. Mit *Slum* meint die Studie weniger die Lebensverhältnisse, sondern eine Vergesellschaftung in urbanen Gebieten, die kaum noch zu kontrollieren, zu beherrschen und zu verwalten ist. Sie steht in der Logik, der u.a. von Walton (s.u.) festgestellten zyklischen Moden: immer wenn von den städtischen Massen Gefahr für die kapitalistische Herrschaft droht, werden Untersuchungen gemacht und Programme zur Verbesserung ihrer Lage aufgestellt.

Die UN-Mitgliedsländer haben sich in der »Millenniums-Erklärung« verpflichtet, das Leben von mindestens 100 Millionen Slum-Bewohnern bis zum Jahr 2020 zu verbessern – durch Maßnahmen bei der Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallbeseitigung, durch Verminderung von Umweltgefahren, Einrichtung von Gesundheitsstationen und Schulen, Schutz vor Umsiedlungen und »Slum-Upgrading«. Das ist zynisch angesichts der heutigen Zahl von einer Milliarde von Slumbewohnern (die bis 2030 nach UN-Berechnungen auf zwei Milliarden ansteigen wird), aber eigentlich eher ein Eingeständnis der Unfähigkeit. Beispielsweise sind schon heute die meisten urbanen Flächen kartografisch gar nicht erfasst (und würde der Versuch unternommen, hätte der fertige Plan nicht mehr viel mit der Realität zu tun).

Der informelle Sektor

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO definiert alle Aktivitäten ohne staatliche Registrierung, die somit in Bezug auf Arbeitsrecht, Sicherheits- oder Gesundheitsstandards formal ungeregelt sind,



als informell. Sie zeichnen sich meist aus durch niedrige Qualifikation und Produktivität, geringen Maschinen- und Kapitaleinsatz und kleine Unternehmensgrößen.

Die städtischen Armen, die deklassierten Städter und die zugezogenen LandarbeiterInnen sichern sich ihr Überleben im informellen Sektor, der häufig aus dem Einfallsreichtum der Frauen entspringt. Mangels Fabriken und genügend Jobs in der städtischen Infrastruktur und Verwaltung, machen sie bereits die Mehrheit in den Ländern der Peripherie aus und ihre Zahl nimmt schneller zu als die anderer Beschäftigtengruppen.

Davis widerspricht der neoliberalen Propaganda, die den »informellen Sektor« als modernes Unternehmertum einer zukünftigen Dienstleistungsgesellschaft feiert. Auch wenn er in einzelnen Fällen an die Weltmarktproduktion angebunden ist, warnen verschiedene Untersuchungen vor der Annahme, er könne den formellen Sektor ersetzen. Sowohl die Einkünfte als auch die Produktivität seien zu gering, um eine Gesellschaft zu reproduzieren und das Funktionieren einer Stadt zu sichern. Außerdem bleibt die Nachfrage abhängig von den Einkommen des formellen Sektors.

Davis nennt das Anwachsen des informellen Sektors »Reproduktion der absoluten Armut«. Das informelle Proletariat könne nicht mehr als industrielle Reservearmee oder Lumpenproletariat im Sinne des 19. Jahrhunderts verstanden werden. Letztlich stehe es außerhalb des Weltsystems, da es weder als produktive ArbeiterIn, noch als KonsumentIn auftrete.

Aber stellt sich die Frage nach einem *innerhalb* oder *außerhalb* des kapitalistischen Weltsystems überhaupt noch? Die Multis haben ihre Tentakel tief in die weltweite gesellschaftliche Kooperation ausgestreckt, Autoproduktion läßt sich z.B. bis in kleinste Klitschen in Indonesien verfolgen. Gleichzeitig ist der in Städten lebende Teil der Weltbevölkerung von der Möglichkeit der Subsistenz-

Informeller Sektor:

50 Prozent der städtischen ArbeiterInnen in den Entwicklungsländern sind im informellen Sektor beschäftigt. Die ILO gibt beispielsweise für Kenia einen Wert von 44, für Pakistan von 69, für Kolumbien von 62 und für Paraguay gar von 69 Prozent an (ILO, 1996). 57 Prozent der ArbeiterInnen Lateinamerikas arbeiten im informellen Sektor; auch hier ist das Wachstum überproportional: vier Fünftel der »neuen« Jobs entstehen im informellen Sektor (laut Inter-American-Development Bank).



produktion abgetrennt, verhungert aber trotzdem nicht.

Spannend ist Davis da, wo er die Umrisse dieser neuen Klasse zu zeichnen versucht, die sich *im* weltweiten Klassenverhältnis herauschält. Die ProletarierInnen des informellen Sektors sind ein Teil davon. Wie können sie sich unter diesen Bedingungen organisieren und wie lernen sie zu kämpfen? Mündet diese Klassenzusammensetzung – die ähnlich wie die moderne Stadt, eine neue, unbenennbare ist – in eine weltweite Kampf-bewegung?

Der heilige Geist

Nach Davis ist Gott in den kapitalistischen Städten während der industriellen Revolution gestorben, um jetzt in den post-industriellen Städten der Entwicklungsländer wieder aufzuerstehen. Davis stellt einen engen Zusammenhang zwischen dem wachsenden informellen Sektor und religiösen Massenbewegungen fest. Die Pfingstlerbewegung sei die »weltweit größte selbstorganisierte Bewegung städtischer Armer«. Ähnlich wie populistische islamische Bewegungen sind sie in den Slums vertreten. Ihre Sprecher sind häufig selbst dort aufgewachsen. Davis problematisiert in diesem Zusammenhang, inwieweit die soziale Lage sie von der Kampfpraxis der ArbeiterInnen des formellen Sektors trennt, er verweist auf erfolgreichen Populismus, ethnische Mobilisierungen und politischen Klientismus. Er stellt die Frage, ob die städtischen Armen bloßer Spielball politischer Mobilisierungen sind, oder ein Vulkan vor der Explosion – möchte sie aber nicht beantworten.

Es überrascht, dass Davis in keiner Weise auf E. P. Thompson eingeht, der in seinem *The Making of the English Working Class* doch gerade auf die Bedeutung von millenaristischen Sekten beim Entstehen der Arbeiterklasse hingewiesen hat. Es ist zwar richtig, auf die Begrenzungen in den Kämpfen hinzuweisen, doch gibt es auch in den von ihm

zitierten Texten genauere Analysen, die eine neue Dimension herausarbeiten. So spricht beispielsweise John Walton von einer »neuen sozialen Bewegung für Demokratie unabhängig vom Staat«, in denen sich die »größte Demokratisierung der Weltgeschichte« ausdrücke (*Urban conflict and social movements in poor countries – 1997*). Und der Ort all dieser Bewegungen liege fast immer in »urbanen Gebieten«. Das Insistieren von Davis auf den SAPs ist nach Walton in dem Sinne richtig, dass sie zu Widerstand geführt haben, der seither nicht mehr abgerissen ist. Die SAPs haben zum Zusammenbruch der »moral economy« der Unterschichten geführt, deren Stillhalten zuvor die Stabilität der Entwicklungsstaaten garantiert hatte. Es lasse sich auch statistisch zeigen, wie es in der Folge der SAPs zu einer noch nie dagewesenen internationalen Welle von »städtischen Protesten« kam. Im Lauf einer Generation von in die Städte Gewanderten hatte sich eine »moralische Ökonomie« auf der Basis entwickelt, dass harte Arbeit und politisches Stillhalten zu Bürgerschaft in der Stadt und einem Arbeitsplatz führen. Mit dem Zusammenbruch dieser »moralischen Ökonomie« im Gefolge der Schuldenkrise und der Kürzungsprogramme sieht Walton die größte Gefahr für den Kapitalismus.

Seine mehr als 20jährigen Forschungen bringen Walton zu dem Schluss, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Über-Urbanisierung und Revolte gibt. Wobei er »Über-Urbanisierung« definiert als Differenz zwischen der Urbanisierung eines Landes und seiner wirtschaftlichen Entwicklung, eine andere Formulierung für denselben Tatbestand: die Migrationsströme der ProletarierInnen in die Metropolen überwiegen die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals.

Fazit

Mike Davis blickt auf die *ganze Welt*, über die weltweite Urbanisierung kommt er auf die Subjekte dieser Entwicklung zu sprechen und stellt wichtige Fragen: Wie lebt die Mehrheit der Menschen, wie arbeiten die städtischen Armen, welchen Platz haben sie im kapitalistischen Weltsystem und was heißt das für ihre, für *unsere* Kämpfe? ■

Millenaristisch/ Millenarismus (Chiliasmus)

die Lehre von einer tausendjährigen Herrschaft Christi auf Erden am Ende der geschichtlichen Zeit (Offenbarung 20,1-109; im Mittelalter am deutlichsten formuliert von Joachim von Fiore. Nach dem Zeitalter des Vaters (Altes Testament) und des Sohnes (Neues Testament) sollte das tausendjährige Zeitalter des Geistes beginnen; heute verbreitet bei verschiedenen Sekten (Adventisten, Wiedertäufer, Mormonen, Zeugen Jehovas).
nach dem Glossar in M.Davies, Die Geburt der Dritten Welt

Amerikanische Kriege oder Durchhalten bis zur Niederlage

Im Mai 2004 ist Jonathan Neale's Buch »Der amerikanische Krieg: Vietnam 1960-1975« in deutschsprachiger Übersetzung erschienen: gut ein Jahr nach dem angeblichen Ende des Krieges im Irak, der mit seiner Ausweitung und gleichzeitig zunehmenden Perspektivlosigkeit für die USA immer mehr Vergleiche mit dem Vietnamkrieg provoziert.

Neale, Historiker und linker Aktivist aus den USA, stellt die Geschichte des Vietnamkriegs in historischem und sozialem Zusammenhang dar. In sieben Kapiteln werden verschiedene geschichtliche Abschnitte, Aspekte und Perspektiven beleuchtet: die Geschichte Vietnams seit dem französischen Kolonialismus bis zur Entkolonialisierung, das Eingreifen durch die USA Anfang der 60er Jahre, die Kriegführung selbst, die Antikriegsbewegung in den USA, der Kampf der südvietnamesischen Guerilla, die Revolte der GIs, Vietnam und Kambodscha nach dem Krieg, die USA nach dem Krieg.

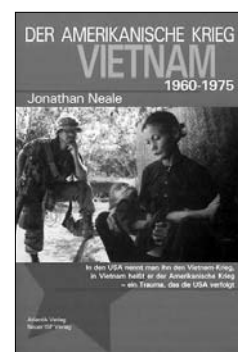
Der Autor will deutlich machen, wie die »internationalen Beziehungen« und der Klassenkampf in den USA und Vietnam zusammenhängen. Die USA seien nicht in den Krieg eingetreten, um den Kommunismus in Vietnam zu besiegen. Es sei um den Klassenkampf in den USA selber gegangen, der sich nach 1945 in Lohnerhöhungen, starken Gewerkschaften und vielen Streiks ausdrückte: Der Krieg gegen den Kommunismus in Vietnam, der Antikommunismus in den USA habe auf die Radikalen in den Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen gezielt. Leider habe die Antikriegsbewegung zu diesen Klassenkämpfen kaum Verbindungen gesucht, da die meist studentischen AktivistInnen fälschlicherweise meinten, die ArbeiterInnen seien für den Krieg.

Die Kriegführung der USA habe in einer Zermürbungsstrategie bestanden, im Versuch, solange »Vietnamesen umzubringen, bis sie aufgaben«: durch Flächenbombardements und durch Massaker, die von amerikanischen Arbeitern an vietnamesischen BäuerInnen verübt wurden. »Nicht die Kinder der Reichen und Mächtigen wurden nach Vietnam geschickt. Für diejenigen die

dort hingingen, war ihre Anwesenheit dort ein untrennbarer Bestandteil ihrer eigenen Unterdrückung zu Hause, vielleicht der schlimmste Teil davon. Und auch das Töten und die Grausamkeiten, die sie selbst verübten, waren Teil ihrer Unterdrückung. Dass sie dies erkennen konnten, machte alles nur noch schlimmer für sie, weshalb sie manchmal noch grausamer vorgingen. Sie erfuhren, dass die Menschen, gegen die sie in Vietnam kämpften, zu derselben Kategorie gehörten wie sie selbst in Amerika«.

Ihr merkt schon: Das Buch ist stellenweise leider etwas holprig übersetzt. Aber es ist geradezu vorbildlich spannend und lesbar geschrieben. Beim Versuch, seine Argumentation einfach und damit verständlich zu halten, vereinfacht Neale zwar mitunter grob, aber als eine Art Gegengewicht enthält das Buch zweitens eine kommentierte Literaturliste mit etwa 150 Titeln (darunter eine Reihe von aus dem Vietnamesischen übersetzten Texten), die allein schon die Anschaffung lohnt. Neale stellt auch gar keinen Anspruch auf historische oder politische Originalität, sondern wertet im wesentlichen die vorhandene Literatur aus. Das Buch ist ausdrücklich zur praktischen Verwendung für die heutigen Bewegungen gegen Krieg und Kapitalismus geschrieben.

Neale beschreibt deshalb auch ausführlich die Revolte der GIs vom Beginn dieser Bewegung in den Kasernen und Stützpunkten bis zum sogenannten »Fragging« in Vietnam, bei dem über 1000 US-Offiziere von US-Soldaten umgebracht wurden. Neale kommt zu der Feststellung, die GIs hätten ab 1970 aufgehört zu kämpfen – und mussten abgezogen werden. Und das zu einem Zeitpunkt, an dem die Guerilla militärisch schwächer war als je zuvor. Neale zeigt, welche Bedeutung der Klassenkampf in der US-Armee hatte, weil er der US-Hegemonie Grenzen setzte und sich eine »Supermacht ohne Heer« entwickelte. Im Kapitel über die USA nach dem Krieg berichtet Neale, wie die herrschende Klasse der USA bis heute Rache an diesen amerikanischen Arbeitern nimmt – von der Zwangspsychiatisierung der Vietnam-Veteranen in den 70er Jahren bis hin zu Hollywoodfilmen – und sie gleichzeitig für all die Grausamkeiten, die



Jonathan Neale
»Der amerikanische Krieg
1960-1975«
2001 by Jonathan Neale
2004 Vorwort Jonathan
Neale
2004 Deutschsprachige
Gesamtausgabe bei Atlantik
Verlag/Neuer ISP Verlag

Für die **Wildcat Sonder-**
nummer zum Irakkrieg
vom Frühling 2003 hatten
wir einen Text mit dem Titel
»Harass the Brass« aus der
Broschüre Olive-Drab
Rebels von Antagonism
übersetzt, in der es um den
Widerstand in der US-
Armee während des
Vietnamkrieges geht.



Zerowork/Thekla 10,
Politische Materialien zum
nordamerikanischen und
internationalen Klassen-
kampf. Der Band enthält
einen Artikel zur Situation
des Klassenkampfes in
Vietnam Mitte/Ende der
70er Jahre.

nicht mehr geleugnet werden können, individuell verantwortlich zu machen versucht (ähnlich wie nach Abu Ghraib).

Das Buch zeigt die Umwälzungen der vietnamesischen Gesellschaft seit der Kolonialzeit: die Angriffe auf die dörfliche Ökonomie unter dem französischen Kolonialismus, die Einrichtung von Plantagen und die Freisetzung ländlicher Arbeitskraft für die entstehenden Bergwerke und den Aufbau der Städte. Vor diesem Hintergrund wird der Aufbau der kommunistischen Partei beschrieben, die ihre Basis auf dem Land hatte, und deren Kader meist Kinder von Beamten und reicheren Familien waren. Die historische Darstellung folgt eng der Frage der Abpressung des bäuerlichen Mehrprodukts – vom Kolonialismus über die Guerilla bis zum Scheitern der Zwangskollektivierung Mitte der 80er Jahre: »Der Reis im Mekongdelta war das entscheidende Mehrprodukt der vietnamesischen Ökonomie. Das Scheitern der Regierung, Kontrolle über den Reis zu gewinnen, bedeutete, dass der Staatskapitalismus, die Strategie des Auspressens von Arbeitern und Bauern, um die Staatsindustrie zu entwickeln, in Vietnam zu diesem Zeitpunkt nicht funktionieren konnte. Das Scheitern war ein Sieg der Bauern im Mekongdelta. Sie hatten die Franzosen, die Japaner und die Saigoner Regierung geschlagen. Sie hatten ihre Führer in die Schranken gewiesen«.

Breiten Raum räumt Neale der Selbstkritik an den Schwächen der Antivietnamkriegsbewegung ein: »Ich bin stolz auf das, was wir taten und erreichten, aber wir waren in vieler Hinsicht ignorant, besonders gegenüber dem Klassensystem in den USA. Unsere Leidenschaft trug dazu bei, den Krieg zu beenden, aber unsere Fehler führten dazu, dass die radikalen Bewegungen der 1960er Jahre schließlich ins Abseits gedrängt wurden«.

Im Anfang 2004 geschriebenen Vorwort für die deutsche Ausgabe vergleicht Neale den Vietnamkrieg mit dem laufenden Irakkrieg und versucht dabei den Zusammenhang von Krieg und Kapitalismus und die Perspektiven einer antikapitalistischen Bewegung herauszuarbeiten. Die Niederlage der USA in Vietnam führt er auf das Zusammenwirken »dreier Kräfte« zurück: die südvietnamesische Guerilla, die Antikriegsbewegung in den USA und die Revolte im amerikanischen Militär. Neale vergleicht die militärische Situation der USA in Vietnam mit derjenigen im Irak: Der Vietcong war zwar besser organisiert und verfügte über einen viel breiteren Rückhalt als die bewaffneten Gruppen im Irak (die er als militärisches Problem für die US-Armee benennt – seine politischen Hoffnungen setzt er dagegen auf Streiks und Massendemonstrationen), aber trotzdem sei die militärische Ausgangssituation für die USA in Vietnam besser gewesen. Die USA hatten die Unterstützung der Landbesitzer, den Rückhalt der (kleinen) Unternehmerklasse in den Städten, und es gab es eine südvietnamesische Armee, die an der Seite der USA kämpfte. Die Soldaten konnten sich in den Städten bewegen – im Irak können sie das nicht.

Die weltweite Antikriegsbewegung sei auch heute von enormer Bedeutung. Ihre Demonstrationen hätten der »Taktik der Besatzer wesentliche Beschränkungen auferlegt«: Gegen einen einheimischen bewaffneten Widerstand bestehe die einzige realistische Möglichkeit darin, mit rigoroser militärischer Stärke gegen alle potentiellen UnterstützerInnen vorzugehen. Diese Möglichkeit sei den USA aber weitgehend verbaut, nicht zuletzt wegen der Antikriegsbewegung.

Überraschend seine These zur »dritten Kraft«: Neale sieht wie beim Vietnamkrieg die Ablehnung des Krieges durch fast alle amerikanischen Soldaten als Kern der Opposition. »Das heißt nicht, dass sie den Widerstand unterstützen oder dass sie bald schon den Einsatz verweigern werden. Es bedeutet aber, dass sie der Ansicht sind, sie sollten gehen«. Die USA haben kaum noch Möglichkeiten, mehr Soldaten in den Irak zu schicken, es gibt immer wieder Berichte über Desertationen.

Wie in Vietnam scheine es für die USA heute im Irak »keinen Ausweg zu geben, außer durchzuhalten, bis sie eine Niederlage erleiden: durch den Widerstand, durch die Opposition im eigenen Land oder durch die Weigerung amerikanischer Soldaten, zu kämpfen. (...) Aber eine Niederlage hätte für sie noch schlimmere Folgen: Das ganze Projekt der neoliberalen Globalisierung, das jedes Land, einschließlich Deutschland, verwandelt hat, ist eng verknüpft mit der Weltmacht USA. In jedem Land würden Menschen, die sich gegen Rentenkürzungen, Privatisierungen, Angriffe auf Gewerkschaften und Sozialstaat wehren, Mut schöpfen«.

Fragt sich allerdings, inwieweit die heutige Situation sich mit 1968 vergleichen lässt. Überhaupt habe ich das Vorwort von 2004, das mir zunächst sehr gut gefiel, nach der Lektüre des gesamten Buches kritischer gesehen. Nach der genauen und lebendigen Darstellung der damaligen »drei Kräfte« kommt einem erstmal in den Sinn, dass wir von der damaligen Stärke oder Intensität oder den Auswirkungen der Bewegungen auf den Alltag, auf die alltägliche Unterdrückung und Ausbeutung momentan ein gutes Stück entfernt sind. Die Schwäche oder das Dilemma der Weltmacht USA und die gleichzeitige Schwäche der antikapitalistischen Bewegung scheinen nicht recht zusammenzupassen – aber das ist schließlich nicht dem Autor anzulasten. Schon eher sein an einigen Stellen deutlich zu Tage tretender Trotzismus. So bleibt die Kritik an Gewerkschaften und Parteien öfters mal im Vorwurf der Korruption stecken, im Kapitel über die Situation in den USA spricht er vom Klassenkampf zwischen »Kapitalisten und Gewerkschaften«, ein paar mal zu oft wird die SWP und ihre Bedeutung für den Widerstand in der US-Armee betont...

Aber hier soll nicht in den letzten Sätzen an einem wirklich lesenswerten Buch rumkritisiert werden. Vielleicht oder hoffentlich können wir die offenen Fragen an den Orten diskutieren, die Neale vorschlägt: bei den Demonstrationen und Streiks gegen Krieg und Kapitalismus. ■

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT






Hafenweg 26a - D-48155 Münster
 Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50
 info@dampfboot-verlag.de
 www.dampfboot-verlag.de



Chávez »Cha basta!«



raul zelik, sabine bitter
und helmut weber

made in venezuela (notizen
zur »bolivarianischen
revolution«)

Assoziation A (März 2004),
144 Seiten, 13 Euro

Ein lesenswertes Buch

Linke, die sich für nationale Befreiungsbewegungen begeistern (weil diese angeblich einen ersten notwendigen Schritt hin zur sozialen Emanzipation darstellen), und die meistens aus der Tradition des Anti-Imperialismus kommen, jubeln nun erneut im Fall des Comandante Hugo Chávez Frías und seiner so genannten »bolivarianischen« Revolution, ohne einen Blick auf die materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung und vor allem auf die autonome Organisierung der Proleten zu werfen. Demgegenüber beschreibt Raul Zelik in seinem Buch, was er in einem siebenmonatigen Aufenthalt in Venezuela im Jahr 2003 gesehen, gehört, besprochen und empfunden hat, und zwar nicht in Interviews mit hochrangigen Persönlichkeiten, sondern im Alltag der Menschen, vor allem in ärmeren Stadtvierteln. Damit liefert er eine Fülle von wertvollen Informationen, und es entsteht ein ziemlich realistisches Bild von den Menschen, vom Umfeld in dem sie leben und, wenn man den ideologischen Ballast überliest, von der realen Reichweite des »Prozesses«. Vor allem aus diesem Grund lohnt es sich, das Buch in die Hand zu nehmen.

Allerdings wird die darin enthaltene Beschreibung teilweise überlagert durch eine krampfhaft Interpretation¹, um aus dem Beschriebenen so viel »Positives« und »Fortschrittliches« heraus zu quetschen, dass am Ende doch die gewünschte »kritische Unterstützung für die bolivarianische Revolution« heraus kommt. Dies geschieht durch drei unterschiedliche Mechanismen:

- die Situation am Arbeitsplatz und die Frage nach der Kontrolle und Organisation der Produktionsprozesse sind unterbelichtet;
- es wird kaum auf die Zeit vor der »bolivarianischen Revolution« (vor allem nach dem Sturz des letzten Diktators im Jahre 1958!) eingegangen, so dass viele aktuelle Tatsachen als etwas völlig neues erscheinen, obwohl sie schon vorher vorhanden waren²;
- der Autor versucht, nicht »eurozentriert« zu sein und entschuldigt deshalb Äußerungen oder Haltungen, die er hier in Deutschland als Linker nicht akzeptieren würde. Dadurch wird entweder das Vorhandensein einer vorkapi-

talistischen Gesellschaft unterstellt (was schon allgemein zweifelhaft, aber im Falle Venezuelas schlicht Unsinn ist), oder den dortigen Menschen und Proleten wird die Fähigkeit abgesprochen, unsere »radikalen« Standpunkte anzunehmen.

Auf den in Venezuela herrschenden sozialen Hass als Hintergrund der sozialen und politischen Spannungen, auf dem die Regierung Chávez reitet, habe ich schon im Wildcat-Zirkular Nr. 65 (Februar 2003) hingewiesen. In der folgenden Besprechung werde ich das empirische Material des Buchs neu interpretieren.

Was ist revolutionär an der bolivarianischen Revolution?

Ideologisch ist die »bolivarianische Revolution« die Fortsetzung der nationalen Befreiungsbewegungen (Antiimperialismus, Nationalismus, Kadernmentalität, usw.), versüßt mit einer Prise antiautoritärer Posen: »Linksradikale« setzen aufs Militär, nachdem sie sich angeblich »von dem Konzept bewaffneter Avantgarden verabschiedet« (!) haben, und konzentrieren sich »auf die Gründung eines neuen Staats und die Verabschiedung einer Verfassung« – so wird auf S. 26 f. ein Vizeplanungsminister zitiert, der aus einer der reichsten Familien des Landes stammt, Philosoph und Negri-Leser ist. Er schwafelt über »radikalere Formen der Macht – Räte statt Gemeindeverwaltungen, Arbeiterversammlungen statt Gewerkschaftsapparate«, aber im gesamten Buch findet man keinen einzigen Hinweis auf irgend eine Arbeiterversammlung, die abwählbare Delegierte wählt und entscheidet, was, wie, wann, womit und wofür produziert und verteilt wird. Solche Entscheidungen sind unangefochten in den Händen von Staatsbürokraten oder Privatkapitalisten.

Anlässlich einer Veranstaltung der regierungsnahen Initiative »Mittelklasse positiv« (Ausdruck des geringen Teils von Mittelschicht und Kleinunternehmern, die mit der »bolivarianischen Revolution« ihre Aufstiegschancen wittern), meint der Autor, dass sie keinen Sozialismus vorschlagen, »aber ein paar bemerkenswerte Schritte, die im heutigen Kontext einige Sprengkraft besitzen [...]:

¹ Die Autoren behaupten von vorneherein, Venezuela sei »von einem breiten Selbstorganisationsprozess von unten erfasst« (S. 12) und wollen sich »mit diesem Aneignungsprozess von unten« beschäftigen (S. 12). Kaum erwähnt wird die Zuspitzung der Auseinandersetzungen »für oder gegen Chávez«, in der andere Initiativen, die sich auf diese »Alternative« nicht einlassen wollen, immer weniger Raum haben. Trotzdem gibt es solche Initiativen, siehe z.B. die spanischsprachigen web-sites

www.samizdata.host.sk/LIB.html

www.nodo50.org/ellibertario/coberturaalternativa/htm

Zurückdrängung des Marktes, Verteidigung allgemein zugänglicher Güter, internationale Solidarbeziehungen, eine ökonomische Alternative« (S. 38). Das verstärkt sein Gefühl, »dass hier etwas in Bewegung geraten ist. [...] Jenseits der gängigen Kategorien von politischer Reform oder Revolution« (S.39). Hier werden sämtliche Plattitüden und Illusionen von alten Anti-Imps und neuen Anti-Globs, grundlegende soziale Veränderungen erreichen zu können, ohne die Fundamente der heutigen Gesellschaft übers Bord zu werfen, in neuer Aufmachung wieder aufgetischt.

Der überall bedrückende Nationalismus stört zwar den Europäer Zelik, aber er hat Verständnis dafür denn: »Die permanente nationalistische Selbstvergewisserung [...] entspricht hier durchaus einem Begehren nach sozialer Befreiung. [...] eine soziale Auseinandersetzung [kann sich] tatsächlich mit einem Kampf um nationale Souveränität decken« (S. 99). Darf man daran erinnern, dass die Durchsetzung der nationalen Souveränität in der ganzen Geschichte der modernen bürgerlichen Gesellschaft eher mit der Konsolidierung und dem Ausbau von Lohnarbeit und Ausbeutung einher geht? Der Kampf um die soziale Befreiung ist undenkbar, wenn nicht jeglichem Nationalismus abgeschworen wird. Der Appell an die nationale Solidarität ist das ideologische Gift, das jede ernsthafte Klassenkonfrontation in den Sumpf der Akzeptanz der sozialen Verhältnisse zieht. Der Verweis auf die imperialistischen Länder, die der eigenen Souveränität (d. h. der der einheimischen herrschenden Klasse) im Wege stehen, versperrt den Blick für die Kämpfe zwischen Lohnabhängigen und Kapitalisten in den »nicht souveränen« Ländern, und damit auch für die Perspektive einer wirklichen sozialen Emanzipation. Gerade der »Bolivarianismus« ist ein Ausdruck dafür, dass Venezuela sich nicht nur nicht auf dem Weg zur sozialen Revolution befindet, sondern noch nicht einmal den ersten Schritt in dieser Richtung gegangen ist. So etwas ahnt Zelik auch, als er sich mit einem Peruaner über den General Velasco, der von 1968 bis 75 in Peru an der Regierung war, unterhält. »Der Mann war Chávez nicht unähnlich, sein Programm in vieler Hinsicht radikaler« (S. 105). Nun stellt sein Gesprächspartner fest: »Außerdem hat der Velasquismus das peruanische



Bürgertum hervorgebracht« (S. 105). Super! Dennoch stellt Zelik die Anarchos und Velasco als »weltweite Linke« in eine Linie (S. 106). Er kann nicht mehr unterscheiden zwischen Sozialrevolutionären und Förderern von Kapitalverhältnissen.

Unser Autor ist zu recht stark beeindruckt durch das »Velorio de Cruz«, ein katholisches Fest, das als Volksfeier mit Trommeln und Tanzen zelebriert wird. Daraus wird plötzlich aber eine positive Bewertung der Religion, denn »sie hat immer auch ein subversives Potential« (S. 91). Ob sie es »immer« hat, ist schon fraglich, und wenn, dann geht es doch darum, diesem Potential seine himmlischen Gewänder zu entreißen, die »Paradies«-Vorstellungen durch das Handeln der Menschen in die Tat umzusetzen, und nicht in der Anbetung von Gott, Maria Lionza oder Chávez zu verharren. Übrigens ist das »Velorio de Cruz« eine alte Tradition in den Gegenden mit schwarzer Bevölkerung und wurde nie als »subversiver« Akt bewertet, weder von der Bevölkerung selbst, noch von den Autoritäten.

Selbstorganisation?

Es ist nicht zu bestreiten, dass ein großer Teil der Bevölkerung in den letzten Jahren aus einer langjährigen Passivität ausgebrochen ist (die aber auch schon früher in bestimmten Vierteln wie Catia oder »23 de Enero«, in bestimmten Regionen wie z.B. Yaracuy, oder in bestimmten Momenten, z.B. im Januar 1958 oder Februar 1989 durchbrochen wurde). Gegen die »Opposition« gibt es eine regelrechte Abscheu, und viele Leute hoffen auf materielle Verbesserungen durch die Chavez-Regierung, nur so ist die Massenmobilisierung gegen den Putsch vom April 2002 zu verstehen.

Allerdings hält sich die Autonomie der »Selbstorganisationen« und die Reichweite ihrer Ziele in bedenkenswerten Grenzen. So etwa nach dem Dekret zur Regularisierung städtischen Landbesitzes: »Überall tun sich Anwohner zusammen, um

² J. Petras, der bekannte linke Soziologe und Lateinamerikaspezialist lieferte gerade ein Paradebeispiel dafür, als er in seinem Artikel »The venezuelan Referendum, The Truth about Jimmy Carter« die Opposition bezichtigte, die Erdölindustrie entnationalisieren zu wollen und nicht erwähnte, wann und durch wen die Nationalisierung stattfand. Dadurch entsteht für den Leser der Eindruck, die Regierung Chávez hätte diese Nationalisierung durchgeführt. Die Ironie der Geschichte ist dabei, dass die sozialdemokratische Regierung von Carlos Andrés Pérez die Erdölindustrie verstaatlichte und dass Carlos Andrés Pérez der Erzfeind von Hugo Chávez und die sozialdemokratische Partei (AD) einer der wesentlichen Eckpfeiler (wenn nicht der wichtigste) der Opposition ist.



³ »Man weiß, dass in der MVR [der politischen Partei des Präsidenten] Angehörige der alten Eliten sitzen, die ihre Privilegien und Posten nicht verlieren wollen, bzw. Leute, die gern Teil der Eliten werden wollen« (S. 83). Dies gilt allerdings auch für die im Buch gepriesene PPT samt ihren Ministern und dem Chef des staatlichen Erdölunternehmens (»einem Veteranen der marxistischen Linken« (S. 49), d.h. einem Anhänger der nationalen Befreiungsbewegungen). Gegen letzteren (Alí Rodríguez) läuft eine Gruppe radikalerer Nationalisten Sturm (siehe www.soberania.info).

Eigentumstitel zu beantragen und über Veränderungen ihrer Viertel zu diskutieren« (S. 43). Die Trennung zwischen denen, die Eigentumstitel beantragen, und denen, die sie vergeben, wird beibehalten, und die Diskussionen über Veränderungen bleiben auf das eigene Viertel beschränkt, ohne dass Eigentumsverhältnisse und Verfügungsgewalt über den sozialen Reichtum im gesamten Land ins Blickfeld rücken. Daraus können sicherlich Verbesserungen im Alltag entstehen – das ist nicht wenig, hat aber mit einer sozialen Revolution nichts zu tun. Im Gegenteil: »Enteignungen sind nicht zugelassen«, sondern die »Barrio-Bewohner werden darin ausgebildet, ihre Grundstücke selbst zu vermessen« (S. 81). Die staatsverordnete Selbstverwaltung der eigenen Misere – wie schön! Die Anzahl besetzter leer stehender staatlicher Gebäude in Caracas (ca. 5 Millionen Einwohner), zu deren Besetzung der Präsident höchstpersönlich aufgerufen hat, erreicht die astronomische Zahl von... zwölf! (S. 54).

Zelik ist nicht verblendet und nimmt auch negative Seiten wahr: »Es gibt Bürokratie, Ineffizienz, Korruption, neue Eliten«³, taucht sie aber gleich darauf in rosarotes Licht: »Und doch stimmt ein Aspekt optimistisch: Die Leute nehmen die Autoritäten nicht so ernst« (S. 46). So wird die Tatsache schöngeredet, daß die Leute sich mit den Autoritäten nicht auseinandersetzen und nicht den Anspruch erheben, die Geschicke der Gesellschaft in die Hand zu nehmen und eben dadurch »Bürokratie, Korruption und neuen Eliten« die Grundlage zu entziehen!

Wirkliche revolutionäre Prozesse erfordern intensive Kommunikation (also auch autonome Kommunikationsmittel) zwischen sozialen Akteuren. Es gibt zwar dreizehn Alternativsender und etliche Webseiten (u. a. www.aporrea.org), die auf der Seite des »Prozesses« stehen, aber sie werden kaum gehört oder besucht (S. 89). Die Bevölkerung hat sich nicht die Mittel geschaffen, um interne Diskussionsprozesse durchzuführen, Entscheidungen bekannt zu machen, Appelle zu verbreiten. Der Grund ist einfach: man verlässt sich weitgehend noch immer auf die Autoritäten.

Es wird von einer sogenannten Volksmacht

geredet, die aus vielen Basisorganisationen besteht. Aber nebenbei wird angemerkt, dass eine neue Beziehung zum Staat entsteht: »Nur wer sich organisiert, bekommt Gelder zur Verfügung gestellt« (S. 107). Nun ist die Katze aus dem Sack. Die meisten Organisationen sind nicht aus dem Drang zum gemeinsamen Handeln gegen herrschende Verhältnisse entstanden, sondern um an staatliche Gelder zu kommen. Man kann sich bildlich vorstellen, wie dann innerhalb der »Organisation« die Machtkämpfe losgehen, sobald die Gelder ankommen. Das ist kein neues Phänomen. Es heißt Klientelismus. Man passt sich eben den jeweiligen Regierungsanforderungen an. Man kann den Leuten nicht vorwerfen, dass sie sich damit durchwurschteln, aber man sollte darin auch keine revolutionäre Tugend sehen. Es wird berichtet, dass die Regierung Mittel an private Firmen vergibt, »die ihrerseits die Mitglieder der Kooperative als Arbeitskräfte einstellen müssen. Die neuen Eigentümer [der neu gebauten Häuser in dem Barrio] müssen ihre Häuser bezahlen, bekommen jedoch billige Kredite zugeteilt« (S. 107f). Es werden also Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt, damit Leute mit ihrem Lohn den »billigen« Kredit für den Kauf ihrer Häuser bezahlen können. Wo bleibt hier irgendeine Spur eines Ansatzes gegen Lohnarbeit, gegen die Warenwirtschaft, gegen Privateigentum an Produktionsmitteln einschließlich des Bodens?

Lebensmittel seien teilweise knapp und große Unternehmen würden »immer neue Versorgungsprobleme« organisieren (S. 109). »Staat und Communities reagieren auf die Probleme mit dem Aufbau von eigenen Vertriebsnetzen« (S. 110). Diese Vertriebsnetze verbessern sicherlich die Versorgung eines Teils der Bevölkerung (man schätzt, dass etwa 20 Prozent der Bevölkerung Zugang zu solchen Netzen haben), aber warum werden die Kaufhäuser, die Lager, die vorhandenen Vertriebsnetze und die Lebensmittel produzierenden Unternehmen nicht von den Beschäftigten in Verbindung mit der Bevölkerung übernommen, wenn der Grad der Selbstorganisation so groß sein soll? Die »Regierung der Armen« lässt trotz ihrer entfesselten Rhetorik die Verfügungsgewalt der »Reichen« unangestastet.

»Anarchismus, wie er einem üblicherweise begegnet« hält der Autor für »langweilig«, aber »Anarchismus aus dem Staat heraus« für »doch wirklich mal etwas Kreatives« (S. 117). Darum arbeitet er in einer »vergesellschafteten Fabrik«, in der Stadtdruckerei von Caracas, für ein paar Tage

als Freiwilliger. Sie sei »weniger von der Belegschaft [ca. 200 Angestellten] vergesellschaftet als vielmehr von der Unternehmensleitung. Mit dem Regierungswechsel [...] haben ein paar Linke die Direktion übernommen und die Anlage Community-Organisationen und Barrio-Bewohnern zur Verfügung gestellt« (S. 117). Am Ende seiner Erfahrung in dem Betrieb feiert er »im Stillen den anarchistischen Charakter der ersten Revolution des 21. Jahrhunderts« (S. 119). Nur: Wie haben »ein paar Linke die Direktion übernommen«? Von wem sind sie dazu eingesetzt worden? Hat etwa die Belegschaft dies beschlossen? Kein Wort darüber. Wie wird bestimmt, für wen die Anlage (d. h. auch die Angestellten) zur Verfügung gestellt werden? Kein Wort darüber. Es gibt offensichtlich keine Vollversammlung, die bestimmt, wie und wann gearbeitet wird, oder die Höhe der Löhne der Mitarbeiter und der »linken« Unternehmensleitung festlegt. Es wird nur Tag und Nacht geschuftet für eine »richtige« Sache. Wenn dies der Prototyp der Revolutionen des 21. Jahrhunderts sein sollte und eines erneuten Anarchismus, dann gute Nacht!

Vor und nach Chávez's Regierungsübernahme

Die Experimentaluniversität Simón Rodríguez wird charakterisiert als »erster Versuch einer wirklich öffentlich zugänglichen Uni« (S. 37) – als ob die größte Uni des Landes, die staatliche Universidad Central de Venezuela, nicht seit 1958 »wirklich öffentlich zugänglich« gewesen wäre (sie war die Bastion der »Linken« und eine der zentralen Institutionen der sozialen Mobilität, und sie wurde zur Massenuni, während die Simón-Rodríguez-Uni mit dem Ziel der Elitenbildung gegründet wurde).

Die neue Landreform ist »alles andere als radikal. Brachliegendes Land in Händen des Großgrundbesitzes kann ab einer bestimmten Ausdehnung beschlagnahmt und umverteilt werden. Allerdings muß der Staat die Eigentümer zu marktüblichen Preisen entschädigen. [...] auf absehbare Zeit [wird] nur staatliches und städtisches Land verteilt werden. [...] Die Bauern sollen Kooperativen gründen und erhalten finanzielle und technische Unterstützung vom Staat« (S. 104). Sie ist nicht nur nicht radikal, sie ist auch nicht neu. Im Vergleich zur Agrarreform von 1960 läßt sich kaum ein inhaltlicher Unterschied ausmachen. Auch damals wurde fast ausschließlich staatliches Land verteilt und die kapitalistisch betriebene Landwirtschaft geschont. Auch damals hat man

Kooperativen gegründet und den Bauern eine staatliche Unterstützung gegeben, die gerade zum Überleben reichte. Warum soll es ihnen diesmal besser gehen, wenn die besseren Ländereien seit Jahrzehnten kapitalistisch genutzt und nicht verteilt werden? Im Allgemeinen werden nur Ländereien von schlechterer Qualität und mit Infrastrukturdefiziten (vor allem Wassermangel) verteilt. Im übrigen handelt es sich z. T. um einen Nebenkriegsschauplatz, denn die ländliche Bevölkerung macht inzwischen höchstens 15 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Wer die Erdölindustrie kontrolliert, hat die Schlüsselposition in Venezuela. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wie es dort aussieht und wie es um die Selbstverwaltung bestellt ist. Die Seiten 129-136 sind diesem Thema gewidmet und gehören zu den besten im Buch. Sie schildern Streikversuche von Unternehmerseite, an denen sich viele Arbeiter und Techniker passiv beteiligten, indem sie einfach zu Hause blieben. Eine Minderheit hielt allerdings eine minimale Produktion aufrecht. Inzwischen sind die Kader der Opposition in den Erdölbetrieben entlassen, aber die Beschäftigten können heute genau so wenig bestimmen wie eh und je. Es wird darin erinnert, wie die Verstaatlichung durch den heute zu Recht verhassten Carlos Andrés Pérez 1976 ein populistisch-nationales Programm ermöglichte, das Parallelen zum heutigen »Prozess« aufweist. Allerdings entbehrt der Hinweis auf einen angeblichen »Druck der Linken« bei der damaligen Verstaatlichung (S. 130) jeder Grundlage.

Zum guter Letzt

Zusammenfassend wird auf den letzten beiden Seiten (S. 141f) festgestellt, dass »das Gewaltmodell Modernisierung [...] schon vor langem die letzten Orte erreicht [hat]«, dass ein Element der bolivarianischen Revolution »die Erlangung der nationalen Souveränität« ist, und es wird behauptet, dass letzteres »mit der Krise der Repräsentation« verbunden sei und dass die Leute sich »selbst als historische Subjekte entdeckt« hätten. In diesem Spagat zwischen interessanten Beobachtungen und richtigen Wahrnehmungen auf der einen Seite, und kaum belegten Wunschvorstellungen auf der anderen, bleibt das Buch bis zum Ende stecken.

MG



*Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch
Tribun.
Uns aus dem Elend zu
erlösen,
können wir nur selber tun!*

Die »Internationale« 2.
Strophe